# Leipziger Tageblatt
und
# Handels-Zeitung

**Morgen-Ausgabe**

**115. Jahrgang**

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertel jährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

**Anzeigenpreis:** für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 725. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

**Nr. 191** — **Freitag, den 22. April** — **1921**


# Stimmungsumschwung in Paris

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 19. April.

Langsam, unaufhaltsam ändert sich der Ton der Pariser großen Presse. Er wird milder, versöhnlicher — unter der Wucht der Tatsachen.

Der Plan der französischen Regierung, so wie er noch aus Briands Senatsrede sich ergab, war so gewesen: England hat innere Schwierigkeiten, Italien steht vor den Wahlen, Amerika ist nach wie vor desinteressiert; Frankreich wird also am 1. Mai allein dastehen. Ein einfacher Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett genügt, den Alliierten werden nur die französischen „Strafmaßregeln" in aller Form mitgeteilt und sie im übrigen vor vollendete Tatsachen gestellt: Am 2. Mai rücken Fochs Truppen in Essen ein, welches auch der Inhalt der deutschen Vorschläge sein mag.

Dieser Plan ist heute zunichte geworden. Der „Meinungsaustausch" von Kabinett zu Kabinett genügte eben nicht. Lloyd George hat wenigstens einen Teil seiner Handlungsfreiheit wiedererlangt; in Italien scheint die kommunistische Gefahr nicht so groß zu sein, wie man gewöhnlich annimmt; Amerika ist durchaus nicht geneigt, abseits zu stehen; und endlich: Frankreich sieht sich selber außerstande, die Besetzung und ökonomische Verwertung des Ruhrgebietes vom 2. Mai ab durchzuführen.

So wird also zunächst in aller Form eine der berühmten interalliierten Konferenzen abgehalten werden. In Paris wahrscheinlich, und zwar nicht vor dem 2. Mai. Damit die „Verbündeten" nicht zu sehr uneinig vor aller Welt dort erscheinen, werden ihr vertrauliche Besprechungen der Ministerpräsidenten vorausgehen. Zwischen Lloyd George und Briand ist schon abgemacht, daß sie sich am Sonnabend bei Hythe, in der Villa Sir Sassoons in Lympne, treffen werden. Sie haben sich manches zu sagen, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sie sich schnell einigen. Der fundamentale Unterschied in ihren Anschauungen besteht darin, daß Briand unter allen Umständen „Pfänder" nehmen will, auch wenn die deutschen Vorschläge für genügend erachtet werden, Lloyd George aber verständig genug ist, erst diese Vorschläge zu hören, zu verhandeln, und nachher erst, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, zu handeln.

Man kann schon jetzt sagen, daß die französische Presse bemüht ist, Briand die Bekehrung zu erleichtern. Nach alledem, was hier in Paris seit zwei Wochen geredet und geschrieben worden ist, nach all dem Säbelrasseln, all den Drohungen, all den Schwüren, all den großen Worten ist diese Wendung ja ziemlich schwierig. Aber gemacht muß sie werden. So erscheint denn heute der erste verständige Artikel über Deutschlands Vorschläge in einer Pariser Zeitung. Die „Oeuvre" meint, es wäre „töricht, die Ernsthaftigkeit der deutschen Anerbieten zu leugnen". Was den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete angeht, spricht sie wie auch andere französische Zeitungen davon, daß sich die Deutschen dem sozialistischen Amsterdamer Programm nähern:

„Die Einwendungen, die man dagegen machen kann, sind zahlreich; jedoch ist der Grundsatz unbedingt richtig: Deutschland muß wieder aufrichten, was es zerstört hat. . . . Die Tatsache, daß die Arbeiterverbände selbst teilweise den Vorschlag ausgearbeitet haben, ist uns eine weitere Garantie neben der, die die deutsche Regierung uns geben wird."

Zur internationalen Anleihe: „Es ist selbstverständlich, daß das Prinzip einer internationalen Anleihe nur dann angenommen werden könnte, wenn die Lasten derselben wirklich und ausschließlich auf Deutschland fallen. Es ist nicht zulässig, daß die Alliierten sich selber entschädigen müssen, und infolgedessen kann ihr Kredit in keiner Weise in Frage kommen. Aber es wäre ebenfalls unzulässig, daß sie darauf verzichteten, Deutschland die Mittel zu verschaffen, seine zukünftige Arbeit mit Hypotheken zu belasten, und zur Zahlung seiner fälligen Schuld die sicheren Ergebnisse seiner industriellen Entwicklung, an der es mit Eifer arbeitet, nicht in Betracht zu ziehen."

„Wir können übrigens in dieser Beziehung noch eine weitere Sicherheit und eine annehmbare jährliche Summe bekommen. Es scheint sehr, daß die deutsche Regierung den von Rathenau vervollständigten Plan Arnold Rechbergs wiederaufnehmen und sich zu eigen machen will. Es handelt sich darum, der französischen Regierung für ihre Industrie einen Teil der Aktien der deutschen Aktiengesellschaften zu überlassen. Unter seinen neuen Formen hätte das System eher die großen Kartelle als listierte Unternehmen zur Grundlage. Das Interesse daran wäre groß, unter der Bedingung jedoch, daß die Zahl der überlassenen Aktien genügend wäre, ihren Besitzern eine wirkliche Teilnahme an der Leitung der Unternehmungen zu sichern, und daß Vorsichtsmaßregeln getroffen würden, um Gewinnverheimlichung zu vermeiden."

„Endlich bieten die Deutschen unsere gänzliche oder teilweise Befreiung von unseren alliierten Schulden an. Diese Kombination wäre in allen Punkten vollkommen, und wir würden sie mit Begeisterung annehmen. Damit sie uns aber wirklich entlaste, bedarf sie der Zustimmung der beteiligten Verbündeten: man darf eine Schuld ohne Einwilligung des Gläubigers nicht übertragen. Nun aber müssen wir sagen, daß Deutschland nichts getan hat, um sich den Anschein eines sicheren und zahlungsfähigen Schuldners zu geben; es ist zu befürchten, daß die Amerikaner etwa vorziehen, ihr Guthaben bei uns zu behalten, oder daß sie Pfänder fordern, die unsere eigene Sicherheit vermindern."

„Gewiß ist dies alles kein gemünztes Gold. Aber wo soll man Geld hernehmen, um solche Schulden zu bezahlen? Und würde Gold sie überhaupt bezahlen? Wir brauchen Arbeit, und die Arbeit hat Kredit nötig. Können wir Deutschland Kredit gewähren? — Ja, auf gute Pfänder. Die werden uns die Deutschen geben, weil sie Schlimmeres sonst befürchten. Schreien wir aber nicht zum Voraus, daß sie nichts taugen, daß sie nichts taugen können. Das wäre das beste Mittel, nie bezahlt zu werden!"

Solche Worte hörte man seit langem nicht mehr. Gestern noch wären sie unmöglich gewesen. „Melkt die Kuh, aber gebt ihr vorerst Futter, sonst geht sie euch ein!" ruft ein anderes Blatt. Die „Liberté" weist auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Besetzung hin. Das überchauvinistische Organ schreibt den Deutschen die Absicht zu, ihre Techniker zurückzuziehen.

„So würde Deutschland aus dem Ruhrgebiet ein unfruchtbares Land machen, und wir wären genötigt, immer weitere Teile des Reiches zu besetzen, was auf die Dauer unsere Kräfte und unsere Hilfsmittel übersteigen würde."

Und noch ein anderes Gespenst taucht am Horizont auf: die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Stammesland. „Die Anschlußbewegung gewinnt jeden Tag an Boden," ruft Jacques Bainville klagend aus. „Tirol, das die Abstimmung auf den 24. April festgesetzt hat, spottet des Ententeverbots. Sogar die österreichische Regierung selbst pocht auf ihr Recht, die Vereinigung mit Deutschland von dem Völkerbund zu verlangen. Was werden wir tun, wenn sich Oesterreich in die Arme Deutschlands wirft? Werden wir Soldaten nach Tirol und Steiermark schicken? . . ."

Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Man hatte sich die Besetzung der Ruhr als militärischen Spaziergang gedacht. Acht Divisionen genügten. Eine geringe Kohlensteuer würde Frankreich jährlich mehr bares Geld liefern, als es jetzt von Deutschland verlangt. Alles war so schön und einfach. Und nun . . .

Um sich selbst den Rückzug zu erleichtern, hofft man auf eine Kabinettkrise in Berlin. Simons wäre schon nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in der Minderheit gewesen und von seinen Kollegen arg getadelt worden. Die frühere Koalition mit Ausschluß der Volkspartei übernähme die Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten könnten nicht vergessen, daß sie den Frieden in Versailles unterzeichnet hätten und fühlten sich für dessen Ausführung verantwortlich. Sogar von einer Wiederkehr Erzbergers wird wieder gesprochen. (Alle diese Kombinationen sind falsch. Die Schriftleitung.)

Eben lese ich eine offizielle Ankündigung, daß überhaupt keine Besetzung des Ruhrgebietes für den 1. Mai vorgesehen ist. Es würden nur Vorbereitungen getroffen, damit man militärisch und wirtschaftlich bereit sei, im gegebenen Fall einzurücken. Eine schon erfolgte Einberufung zweier Jahresklassen ist wieder rückgängig gemacht worden, ehe sie ausgeführt war. Nur in Lille war sie durch den Uebereifer der Gendarmerie veröffentlicht worden.

Es wird jetzt bekannt, daß die interalliierte Konferenz bestimmt am 2. oder 3. Mai in Paris zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Prüfung der deutschen Vorschläge; demgemäß wäre der englische Standpunkt heute schon durchgedrungen, die Zusammenkunft Briands mit Lloyd George am Sonnabend in Lympne eigentlich unnütz. Nun aber werden bei derselben Gelegenheit noch eine ganze Reihe anderer Angelegenheiten behandelt werden. Die oberschlesische Frage, wie sie durch die Abstimmung sich darbietet, wobei dann jedenfalls auch Deutschland gehört werden muß; die orientalische Frage, die mit jedem Tage verwickelter wird und wahrscheinlich lange Verhandlungen erfordert; das Schicksal der Kabel im Stillen Ozean und die Frage der Insel Jap. Alle diese Angelegenheiten sind so wichtig, ihre Lösung so schwierig, die Interessen der Verbündeten so weit auseinandergehend, daß die Verhandlungen darüber wohl kaum weniger als einen Monat dauern werden.

Den französischen Zeitungen fällt demgemäß jetzt die undankbare Aufgabe zu, das von ihnen selbst aufgewiegelte Publikum zu beruhigen. In der einen wie in der anderen Sache sind sie ja Meister. Der „Journal" sagt schon heute morgen, die militärischen Maßnahmen seien nur nebensächlich; Hauptsache sei, daß Frankreich geholfen werde. „Die Sanktionen können diesmal keine moralischen Repressalien, keine Einschüchterungs- und Erpressungsmaßnahmen sein." Wie sagte doch Briand? „Der Gendarm geht mit dem Gerichtsvollzieher . . ., wir werden Deutschland mit der Faust am Kragen packen . . ." Heute schreibt „Le Petit Parisien": Jedermann wünscht aufrichtig, daß die deutschen Vorschläge annehmbar seien . . . London und Rom verabscheuen jede Gewaltmaßregel . . ." Nur die Ueberchauvinisten von rechts sind noch nicht so weit; Pertinax etwa im „Echo de Paris" hofft noch immer von der Regierung „Festigkeit in der Abwehr der deutschen Winkelzüge". Aber schließlich trägt weder der „Echo de Paris", noch der „Gaulois", noch die „Action Française" irgendwelche Verantwortung. Sie stützen hauptsächlich den „Wiederaufbau"minister Loucheur, der im höchsten Grade persönlich daran interessiert ist, daß der ganze „Wiederaufbau" in den Händen der ihm ergebenen Unternehmer bleibt.

Vielleicht ist die französische Regierung auch durch den gestrigen Ausgang der Kammerersatzwahl in einigen Departementen stutzig geworden. Ueberall ging nämlich die Stimmenzahl des „nationalen Blocks" ganz beträchtlich zurück, obwohl es sich um durchaus sichere, reine Bauernbezirke handelte. Vor einem Jahre noch wagten die Kommunisten z. B. im Oisedepartement überhaupt keine Kandidaten aufzustellen; die Bürgerlichen erhielten damals 58 200 Stimmen, die geeinigten Sozialisten 14 100. Heute erhielten die Bürgerlichen 47 000, die beiden sozialistischen Listen zusammen 21 600 Stimmen, die Kommunisten allein fast 11 000 (bei reiner Bauernbevölkerung!). Im „Nord" hatten sich 61 Prozent der Wähler enthalten, in der Oise immerhin noch 30 Prozent; erschreckt ruft der „Petit Bleu" aus: „Die Wahlenthaltung einer solchen Anzahl von Wählern ist keine brutale Manifestation, sie ist eine Lektion, eine Lektion, die nicht zu hören ein Verbrechen wäre. Ein solcher Geisteszustand ging zu allen Zeiten den großen Krisen vorher: blutige, vernichtende Revolution, oder blinde Reaktion. Möge es noch Zeit sein, sich aufzuraffen und zu handeln . . ."

Vielleicht hat auch die Regierung Briand das Gestern begriffen . . .

# Beschlüsse des Pariser Kriegsrates

**Paris**, 21. April. In einer Havasmeldung heißt es: Während der Begegnung in Lympne wird Briand Lloyd George einen Plan vorlegen, den die besten Köpfe Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, daß Deutschland bei seiner passiven Resistenz beharrt. Dieser Plan, der morgen beendet sein wird, ist ein Niederschlag der fünf Berichte, die von verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet wurden. In großen Zügen enthält er u. a. zugunsten des Reparationskontos die Erhebung eines Zollaufschlages von 50 bis 70 Franken pro Tonne Kohle, die aus dem Ruhrgebiet kommt. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es ja die Verfügung über die Kohlen erhält. Außerdem sind Erleichterungen zum Bezug von Lebensmitteln für die Bewohner der besetzten Gebiete vorgesehen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 70% der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Diese einfachen und praktischen Maßnahmen wurden von Le Trocquer und verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet. Sie wurden einem von Loucheur befürworteten Vorgehen vorgezogen, das wohl einschneidender, aber auch viel schwieriger in der Durchführung gewesen wäre. Letzterer Entwurf sah auch die Uebernahme des Betriebes durch die Verbandsregierungen für alle Industrien im Ruhrgebiet vor, also nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für Eisenwerke, Textilfabriken und ähnliches mehr. Zu der Abgabe auf die Kohlenförderung werden noch andere Zahlungsmittel kommen, z. B. die Beteiligung an Industrien, Abgaben auf die Ausfuhr und die ausländischen Werte, die als Bezahlung für die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Auslande eingehen werden usw. Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit unter Leitung eines Zolloberkommissars zur Durchführung gelangen.

**Paris**, 21. April. Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax nach Auskünften von zuständigen Stellen sehr ausführlich über die Schwierigkeiten, die sich der wirtschaftlichen Ausnützung des Ruhrgebietes entgegenstellten. Ursprünglich wollte man ein eigenes Staatsdepartement, ein „Ruhramt", errichten; aber dieser Plan sei verworfen worden, weil er nur kriegsähnliche Zwangsmaßnahmen geschaffen und mit allen Städterequisitionen usw. doch nur gerade die Kosten der militärischen Besetzung eingebracht hätte. Nach Pertinax soll die unter anderen Maßnahmen schließlich beschlossene Ausfuhrabgabe 40 vom Hundert betragen. Keine Ware werde mehr nach dem Auslande gehen können, bevor nicht dieser Betrag bei einer von der Wiedergutmachungskommission bezeichneten Bank, wenn möglich in ausländischen Devisen, eingezahlt worden sei.

## Englands widerwillige Gefolgschaft

**Haag**, 21. April. In den englischen Zeitungen wird weiterhin sehr große Zurückhaltung gegenüber den Absichten der Franzosen beobachtet; aber es stellt sich jetzt bereits deutlich die Absicht der englischen Regierung heraus, die neuen Gewaltmaßnahmen als eine von Frankreich ausgehende Aktion, an der England das größte Interesse nimmt, hinzustellen, also nach Möglichkeit die moralische Verantwortung für sie Frankreich zuzuschieben. Wenn man „Daily News" glauben darf, würden die Sanktionen dann nicht durchgeführt werden, wenn Deutschland bis zum 1. Mai ein Angebot macht, das für Frankreich annehmbar ist. Man erkennt in dieser Forderung das Bestreben Englands, die Verantwortung für das, was nun kommt, möglichst Frankreich zu überlassen. Darüber hinaus muß man aber ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß England fortfährt, seinen Industriekrieg gegen Deutschland mit den politischen Absichten Frankreichs zu verketten. Selbst in den liberalen Zeitungen findet sich jetzt die Lesart, daß zwar nicht Deutschland, wohl aber die „Stinesse" bezahlen können und bezahlen müssen. Immerhin hat man den Eindruck, daß in Lympne zwischen Lloyd George und Briand eine sehr ernste Aussprache erfolgen wird. Man muß davon ausgehen, daß politische Gründe erster Ordnung die widerwillige Nachgiebigkeit Englands gegenüber Frankreich bestimmen, und daß der Industriekrieg Englands gegen Deutschland nur dem festen Entschluß entspricht, aus einem an sich schlechten Geschäft einen möglichst großen Nutzen zu ziehen. Das Risiko, das England läuft, indem es seine Politik gegenüber Deutschland der französischen unterordnet, ist so groß, daß einige Ueberraschungen im Anschluß an die Konferenz von Lympne nicht ganz ausgeschlossen sind. In sehr gut informierten Kreisen Hollands hält man die Durchführung der neuen Sanktionen kurz nach dem 1. Mai für unabwendbar.

* * *

**London**, 21. April. „Daily Chronicle" schreibt zu der Besprechung in Lympne, da die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles nicht nachgekommen sei, sei es nach Ansicht der britischen, französischen und der anderen alliierten Regierungen unbedingt erforderlich, die weiteren Schritte, die nötig sind, um die Durchführung des Vertrages zu erzwingen, zu erörtern und zu beschließen. Für das britische Kabinett sei es notwendig, festzustellen, welches die französischen Pläne seien, bevor es seiner Ansicht über irgendeine geplante Aktion Ausdruck gebe. Es bestehe aber guter Grund zu der Erklärung, daß in den Grundsätzen Einigkeit herrsche und daß ein gütliches Uebereinkommen zwischen den Engländern und Franzosen über die zu ergreifenden Maßnahmen erwartet werden könne, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

## Wie stellt sich Amerika zu den neuen Vorschlägen?

**Paris**, 21. April. Eine Berliner Radio-Depesche besagt, daß die neuen deutschen Vorschläge am Sonnabend direkt der Wiedergutmachungskommission übermittelt werden sollen. Bis Mittwoch abend sei aus Washington in Berlin keine Antwort auf das Vermittelungsersuchen der deutschen Regierung eingetroffen. Man erwarte daher, daß die zwischen Dr. Simons und dem Berliner amerikanischen Geschäftsträger Dresel gepflogenen Besprechungen kein Ergebnis mehr haben werden. (Von deutscher Seite ist, wie demgegenüber festgestellt werden muß, halbamtlich erklärt worden, daß ein Ersuchen um Vermittelung an Amerika nicht gerichtet worden ist. Die hier zitierte Radio-Depesche fußt also auf falschen Voraussetzungen. Die Schriftleitung.) In der natürlich französisch orientierten Meldung aus Berlin wird weiter gesagt, daß sich innerhalb des Reichskabinetts ernstliche Meinungsverschiedenheiten über die neuen Vorschläge geltend gemacht hätten. Eine Ministerkrise werde immer noch für möglich gehalten.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" meldet hingegen, daß die Reichsregierung dahin informiert worden sei, daß Amerika grundsätzlich der Ueberschreibung der alliierten Schulden auf Deutschland zustimme, aber darauf verzichten müsse, bei den Verhandlungen eine Vermittlerrolle zu spielen, da der Erfolg dieser Vermittlung sehr zweifelhaft sei.